



Es gilt das gesprochene Wort!

Kiel, 14. Dezember 2012

TOP 28, 40, 41: Duales Pflegestudium / Sprachanforderungen für ausländische Pflegefachkräfte / Pflegeausbildung zukunftssicher machen (Drucksachen 18/374, 18/320, 18/321)

Birte Pauls:

Die Attraktivität des Pflegeberufes stärken

Vielleicht ein kleiner Schritt für die Menschheit, aber ein riesiger Schritt für die Pflege. Denn heute bringen wir die erste Pflegekammer in Deutschland auf den Weg. Auch hier wird unser Land wieder Vorreiter sein. Ich bin etwas stolz darauf, mit meiner Partei daran mitwirken zu dürfen. Unter dem Motto „Versprochen – gehalten“ machen wir Schluss mit Lippenbekenntnissen in Form von wohlgemeinten Grußworten und teuren pressewirksamen Imagekampagnen. Jetzt wird gehandelt. Das ist auch notwendig, denn bis zum Jahre 2030 brauchen wir 20.0000 zusätzliche Pflegekräfte in Schleswig-Holstein.

Die Pflege leistet viel, sehr viel und wer am vergangenen Freitag die Verleihung des Altenpflegpreises mitverfolgt hat, der weiß, wie viel Engagement und Kreativität und vor allem Professionalität beim Pflegepersonal in unserem Lande vorhanden ist. Und es ist genau diese Professionalität, die wir stärken wollen.

Wir wollen, dass die Anerkennung der Pflege in der Gesellschaft wieder steigt, die Pflegenden sich gut vertreten fühlen und ihren Beruf wieder so ausüben können, wie sie es selber auf Grund ihrer fachlich hochqualifizierten Ausbildung für richtig halten. Und wer, wenn nicht die Pflegenden selbst, sollte das am besten organisieren. Wir wollen Schluss machen mit einer Misstrauenskultur gegenüber der Pflege.

Herausgeber

SPD-Landtagsfraktion
Landeshaus
Postfach 7121, 24171 Kiel

Verantwortlich:
Petra Bräutigam

Telefon Pressestelle 0431-988-13 05
Fax Pressestelle 0431-988-13 08

E-Mail pressestelle@spd.ltsh.de
Web spd.ltsh.de

Wir wollen eine berufspolitische Eigenverantwortung im Rahmen einer legitimierten Selbstverwaltung organisieren, damit die Pflege ihre Interessen fachlich, gesellschaftlich, politisch und demokratisch legitimiert besser vertreten kann. Hierfür eignet sich die Kammer als Vertretung der Pflege für die Mitgestaltung ihrer Angelegenheiten auf allen Ebenen – eben genauso, wie das in aller Selbstverständlichkeit in sehr vielen anderen Berufen gang und gäbe ist. Ich spare mir die Auflistung aller Kammern. Es gibt auch Kritik, z.B. dass Zwangsmitgliedschaft nicht mit Menschenrechten vereinbar sei, Kammern seien undemokratisch und alles sei doch bestens organisiert usw. Diese Argumente sind vorgeschoben.

Wir alle, als Gesellschaft, unabhängig davon, in welcher Position wir uns befinden, sollten daran interessiert sein, dass der Pflegeberuf gestärkt wird. Alles andere ist kurzfristig und fahrlässig und ich möchte sehr herzlich an alle Beteiligten appellieren, Einzelinteressen hinten anzustellen. Hier müssen wir gemeinsam für die Pflege eintreten.

Neben der Organisation der Selbstverwaltung gibt es auch andere Rahmenbedingungen, die geändert werden müssen, um die Pflege zukunftssicher zu machen. Dazu gehört u. a. auch die Ausbildung. Eine kostenfreie, in Modulen organisierte gemeinsame Ausbildung von Alten-, Gesundheits- und Krankenpflege mit einer kontinuierlich angepassten Anzahl an Ausbildungsplätzen ist unser Ziel. Und deshalb machen wir einen wichtigen Schritt in diese Richtung, indem wir 2 mal 200 zusätzliche Ausbildungsplätze in der Altenpflege finanzieren werden. Zur Erinnerung: CDU/FDP hatten 30 zusätzliche Plätze eingerichtet und waren da schon stolz drauf. „Alternativlos“ war es angeblich – nein, Ihre Form der Haushaltskonsolidierung war auch an dieser Stelle verantwortungslos.

Der Handlungsbedarf wurde auch auf Bundesebene endlich erkannt und gestern wurde die Vereinbarung zur „Ausbildungs- und Qualifizierungsoffensive Altenpflege“ unterschrieben. Zu den Zielvereinbarungen gehören unter anderem die Steigerung der Ausbildungskapazitäten, die Weiterentwicklung der Pflegeberufe, die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Altenpflege und auch die Wiedereinführung der dreijährigen Umschulungsförderung durch die Bundesagentur für Arbeit. Das sind alles Ziele aus unserem Antrag.

Im Rahmen eines modernen Berufegesetzes für die Pflege müssen wir uns auch Gedanken machen, wie wir die Pflegeausbildung durchlässig organisieren. Wir wollen auch Menschen ansprechen, die vielleicht einen geringeren Schulabschluss haben oder über unzureichende deutsche Sprachkompetenzen verfügen, aber sehr wohl in der Pflege viel leisten können. Sie alle brauchen wir in der Pflege. Und wir müssen das zusammen mit den Akteuren der Arbeitsvermittlung, Schulen und den Einrichtungen bewerben und auch organisieren.

Und wir wollen die Möglichkeiten zur weiteren Qualifizierung hin zu einem Pflegestudium ausbauen. Wir haben hier eine Lücke vor allem in der Pflegewissenschaft. Eine Akademisierung im komplexen Aufgabenbereich der Pflege hat auch der Wissenschaftsrat der Bundesregierung in seiner Expertise vom Sommer dieses Jahres ausdrücklich empfohlen.

All das stärkt die Attraktivität des Berufes, hebt das Ansehen in der Gesellschaft und bietet der Pflege Gestaltungsräume.

Ich freue mich sehr, dass unser Koalitionsvertrag selbst für die CDU so überzeugend ist, dass sie unsere Formulierungen in ihre Anträge kopiert. Das schafft breite Mehrheiten. Und das kann für die Pflege nur gut sein.